Verlagspostanstalt: Dresden

Illustriertes Tageblatt

SÄCHSISCHE HEIMATZEITUNG DES STOLLE-VERLAGS

Bezugspreis
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt monatl. M. 2.—, einschl. 36 Pfg. Trägerlohn; durch die Post bezogen monatl. M. 2.— ohne Zustellgebühr, einschl. 30 Pfg. Postgebühr. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Garantie übernommen. Für Fälle höh. Gewalt, Streik, Krieg usw. besteht kein Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung od. Rückerstattung des Bezugsgeldes. Wir behalten uns aus techn. Gründen ausdrücklich das Recht vor, Anzeigen auch in anderen Zeitungen unseres Verlages zu veröffentlichen. Verlag: Klemens Landgraf Nachf., W. Stolle, Dresden, Marienstraße 26, Fernsprecher Nr. 28790 und Freital i. Sa.
Telegr.-Adr.: Stolle-Verlag

Ausgabe E mit:
Elbtal-Abendpost
Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse
Dresden-A., Marienstraße 26, Fernspr. 28790 / Dresden-Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4, Fernspr. 31307

Anzeigenpreis
Die sechsmal gespaltene Millimeterzeile (46 mm br.) oder deren Raum kostet 16 Pfg., einschließlich „Dresdner Neue Presse" 20 Pfg.; die viermal gespaltene Reklame-Millimeterzeile (72 mm breit) oder deren Raum 30 Pfg., einschließlich „Dresdner Neue Presse" 40 Pfg. Gemessen wird der Raum von Strich zu Strich. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, ebenso für Anzeigen, welche durch Fernsprecher aufgenommen werden, wird keine Garantie übernommen. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Rabattanspruch erlischt: bei Klage, Zahlungseinstellung oder Konkurs des Auftraggebers. Erfüllungsort für Lieferung u. Zahlung: Dresden.
Verlagsort: Dresden

Nr. 28 — Freitag, den 2. Februar — 1934

Amerikanische Erkenntnis:

Verstärkte Landesverteidigung bedeutet nicht Aufrüstung!

Wirtschaftliche Einsicht — auch im Auslande —

muß einen Erfolg verbürgen

Von den außenpolitischen Themen dieser Tage verdient das Ergebnis der Berliner Transferbesprechungen mit den Vertretern der englischen und amerikanischen Gläubiger einen besonderen Hinweis. Von Wichtigkeit ist hier die Unterstreichung von Hoffnungen, die Deutschland auf die für April vorgesehene allgemeine Schuldenkonferenz setzt. Wenn nicht von irgendwelchen ausländischen Regierungen vorher quergeschossen wird, so soll zweifellos auf dieser Konferenz der Versuch gemacht werden, nach den vielen kleinen Teillösungen endlich zu einer Dauerregelung zu gelangen. Eine solche ist nach deutscher Auffassung möglich, wenn die ausländischen Gläubiger zu denjenigen Opfern bereit sind, die Deutschland nicht nur im eigenen, sondern auch im Gläubigerinteresse fordern muß. Es ist zweifellos

ein ökonomisch völlig untragbarer Zustand, wenn Deutschland seinen privaten Gläubigern im Durchschnitt 6½ Prozent Zinsen zahlt, während im Ausland, z. B. in New-York, große Summen schon für 1 bis 1½ Prozent zu haben sind.

Eine Dauerregelung würde am besten in elastischer Form vollzogen werden, d. h. sie würde sich auf einen gewissen Ausgleich zwischen den deutschen Rückzahlungen und dem deutschen Exportüberschuß an Devisen aufbauen. Man möchte nur hoffen, daß auch die ausländischen Gläubigerkreise allmählich einsehen, daß die von der Deutschen Reichsbank betriebene Politik im Rahmen des Möglichen auch auf ihre eigenen Interessen Rücksicht nimmt.

Nur den Saarländern steht das Recht zu,

den Abstimmungskampf zu führen

Amtlicherseits wird mitgeteilt: Der landesverräterische Teil der Presse des Saargebietes weist immer wieder darauf hin, daß von deutscher Seite aus in unzulässiger Weise in den Saarabstimmungskampf eingegriffen werde. Es wird behauptet, daß zahlreiche Personen aus dem Reiche in das Saargebiet kämen, um dort Terror zu verüben und vor allem die Bevölkerung zu bespitzeln. Dieses Treiben gefährde die freie Abstimmung und die Sicherheit aller „Nichtgleichgeschalteten". Diese Klagen werden zum Anlaß genommen, in Eingaben an den Völkerbund und andere interessierte ausländische Stellen die Verschiebung der Wahl für unbestimmte Zeit oder aber die Besetzung des Saargebietes durch internationale Polizei oder gar durch französische Truppen zu fordern.

Um dem Treiben der notorischen Landes- und Volksverräter auch den geringsten Vorwand zu entziehen, wird erneut darauf hingewiesen, daß die Führung des Abstimmungskampfes innerhalb des Saargebietes lediglich Aufgabe und Recht der Saarländer selbst ist. Jede Einmischung von Unberufenen, seien es Amts- oder Parteistellen oder Privatpersonen, in den Abstimmungskampf im Saargebiet hat daher zu unterbleiben. Zukünftig wird unnachsichtlich gegen alle diejenigen vorgegangen werden, die sich im Saargebiet in die politischen Angelegenheiten der Saarbevölkerung einmischen, besonders, wenn sie, wie dies schon geschehen ist, unwahrerweise irgendwelche Beziehungen zu Amts- oder Parteistellen vorspiegeln.

Wichtige Gauleiterkonferenz

Am Donnerstag fand, wie der „Völkische Beobachter" meldet, die Gauleitertagung in Berlin ihre Fortsetzung mit Vorträgen von weltanschaulicher Bedeutung.

Als erster sprach der Vorsitzende des Obersten Parteigerichts, Reichsleiter Buch, der in großen Zügen die Aufgaben und den Aufbau der Parteigerichtsbarkeit umriß. Er betonte dabei besonders, daß die blutmäßige Reinheit einer der Grundpfeiler der NSDAP. sei.

Sodann nahm Reichsleiter Alfred Rosenberg Gelegenheit, kurz über die Aufgabe der geistigen weltanschaulichen Erziehung der Partei, mit deren Ueberwachung er vom Führer beauftragt worden ist, zu sprechen.

Als letzter Redner ergriff dann der Leiter des Aufklärungsamtes für Bevölkerungspolitik und Rassenpflege Dr. Groß das Wort zu eingehenden Ausführungen über die Notwendigkeit wirklich nationalsozialistischer und sachkundiger bevölkerungs- und rassenpolitischer Arbeit durch die Partei. Es gelte hier nicht, einen Rassenkampf zu führen, oder anthropolitische Halbbildung zu züchten, sondern es müsse dem Menschen wieder ein rassischer Instinkt gegeben werden.

Das deutsche Saargebiet feierte den Tag der Nationalsozialistischen Revolution

Am 30. Januar, dem Jahrestage der Uebernahme der Macht durch Adolf Hitler war das ganze Saargebiet in ein Flaggenmeer gehüllt. Transparente überspannten die Straßen, auf denen die Treue des Saarlandes zum Reich in markanten Sätzen geschildert wurde. Die Regierungskommission wollte zunächst die Girlanden und Fahnen entfernen lassen, mußte aber nachher wegen der einheitlichen Ausschmückung diesen Plan aufgeben. — Einige Aufnahmen aus Saarbrücken: Fahnen und Girlanden schmücken die Haupt- und Nebenstraßen.

Der Kyffhäuserbund wird mit gutem Beispiel vorangehen

Der neue Bundesführer des Deutschen Reichskriegerbundes Kyffhäuser, Oberst a. D. Reinhard, richtete an die Mitglieder des Kyffhäuserbundes eine Kundgebung, in der es u. a. heißt:

„Der Frontgeist des Soldatentums von 1914/18 und der Kämpfergeist der nationalsozialistischen Revolution gehören zusammen. Auf ihrer Grundlage baut sich das Dritte Reich auf. In dieser Anschauung werde ich den Kyffhäuserbund führen.

Das neue Deutschland braucht jeden Mann. Unsere Zeit duldet keinen Stillstand. Jeder muß schaffen und mithelfen, jeder muß Gemeinnutz vor Eigennutz stellen.

Beispielgebend sollen die Männer, die der Kyffhäuserbund aus allen Volksschichten umschließt, hierin vorangehen, sie sollen die Kameradschaft und das Pflichtbewußtsein der Front zu neuem Leuchten bringen und lebendig verbinden die Generation des großen Krieges mit der Generation des nationalsozialistischen Sieges."

Kirchenfrieden in Württemberg

Im württembergischen Innenministerium fand auf Veranlassung von Präsident Dr. Mattheiß eine Aussprache zwischen Vertretern der Kirche und des Staates über die Lage in der deutsch-evangelischen Kirche Württembergs statt. Die unter dem unmittelbaren Eindruck der Rede des Führers in versöhnlichem Geiste geführten Auseinandersetzungen können als der Abschluß des kirchenpolitischen Streites in Württemberg betrachtet werden. Von allen Anwesenden wurden in einer einstimmig gebilligten Erklärung Richtlinien aufgestellt, nach denen die Beziehungen der verschiedenen Gruppen endgültig geregelt werden sollen.

Punkt für Punkt widerlegt!

Der Reichsminister des Auswärtigen, Frh. v. Neurath, hat gestern nachmittag den österreichischen Gesandten, Tauschitz, zu sich gebeten und ihm die Antwort der Reichsregierung auf die am 17. v. M. überreichte Notiz ausgehändigt, worin die Beschwerden der österreichischen Regierung über angebliche Einmischungen Deutschlands in die innerösterreichischen Angelegenheiten enthalten waren.

Die deutsche Antwort stellt noch einmal die grundsätzliche Haltung der Reichsregierung gegenüber dem österreichischen Problem fest und widerlegt auf Grund der angestellten Ermittelungen Punkt für Punkt die einzelnen österreichischen Beschwerden. Zugleich bringt die Antwort

SLUB
Wir führen Wissen.